

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljährlich 4.50 RM., monatlich 1.50 RM.
 In das Haus herausgehbar Einzelne
 Nummern 10 Pf. Vorbezug: Monatlich
 1.50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 3.— RM. für das übrige Ausland
 4.50 RM. monatlich. Versand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1.50 RM.
 Poststellungen nebeneinander an Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz, Belgien in die
 Post-Zeitungs-Preisliste.
 Erscheinung täglich.

Telegraphische Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die in demselben Kolonne alle 10 Zeilen
 10 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 ist die erste Zeile, die 10 Pf. (zweite
 2 folgende Zeile), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und
 Stellenanzeigen das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Vereins-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Gedruckt von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Montag, den 28. Januar 1918. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Nordplatz, Nr. 151 90—151 97.

Echo aus Frankreich und England.

Englische Antworten an die Mittelmächte.

Ablehnung.
 London, 25. Januar. (Nachung des Reuterschen Bureaus.)
 „Evening Standard“ sagt in einem Leitartikel: Die Antwort des deutschen Reichslanzlers an den Präsidenten Wilson und Lord George zeigt, daß Preußen auf demselben Standpunkt steht, auf dem es gestanden hat. Der einzige Frieden, zu dem es bereit ist, ist der preussische Frieden. Oesterreich-Ungarn unterstützt seinen Bundesgenossen für immer. Der Krieg muß augenscheinlich weitergehen, bis sowohl Oesterreich-Ungarn wie Deutschland entweder durch militärische Niederlage oder durch eine Revolution in eigenen Lande entwaffnet sind. Bei keiner der beiden Regierungen besteht eine aufrichtige Friedensabsicht.
 „Evening News“ erklärt im Leitartikel: Graf Hertling und Graf Czernin haben gesprochen, aber nicht mit derselben Stimme. Jeder ist gezwungen, seine Worte mit einiger Rücksichtnahme auf den Stand der Volkmeinung in seinem eigenen Lande abzumessen. Aber obgleich einige Äußerungen Czernins deutlich den deutschen Anschauungen entgegengekehrt sind, so ist er doch freundlich, uns daran zu erinnern, daß er Deutschlands Parteigänger ist und daß er Deutschland weiter unterstützen will. Niemand, der die Rede des Grafen Hertling liest, kann glauben, daß Deutschland geneigt ist, die ausdrücklich festgesetzten Grundsätze für einen Sieg der Alliierten anzunehmen.

Französische Stimmen über Hertling und Czernin.

Ablehnende Kritik.
 Paris, 26. Januar. (Nachung der Agence Havas.) Die Blätter besprechen übereinstimmend die Reden des Grafen Czernin und des Grafen Hertling ausführlich. Sie sind der Ansicht, daß beide Redner die Vorschläge Wilsons nicht verstanden haben, zweifellos weil sie nicht dieselbe Sprache sprechen und den Worten nicht dieselbe Bedeutung beilegen.
 „Matin“ stellt den Dualismus Wilsons dem „Kramergestir“ Hertlings gegenüber und erklärt: Eine Klust kennt den Lehrsatz von der freiwillig vom Präsidenten Wilson formulierten Doktrin, der die Befreiung Belgiens als ein Verbrechen und die Einverleibung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich als ein Unrecht beurteilt hat. Das Blatt stellt fest, daß der deutsche Kanzler nur die günstigen Tatsachen in Rechnung stellt, aber vergesse, daß Deutschland außer acht lasse, sein Kolonialreich und die Freiheit der Meere verloren zu haben.
 Wenn Hertling und Czernin, sagt „Echo de Paris“, hoffen, Besprechungen mit England und den Vereinigten Staaten über den Kopf Frankreichs hinweg einzuleiten zu können, so täuschen sie sich. Zwischen den Verbündeten findet kein Meinungsaustausch über eine gemeinsame Antwort statt. Clemenceau wird ebenfalls zu der Stunde sprechen, die er hierzu wählen wird.
 Folgende Ausführungen des „Comme Libre“ geben vollkommen den Hauptgedanken der Erörterungen der Presse wieder. Das Blatt schreibt: Wir sind nicht viel weiter gekommen als vorher, denn die Vertreter der Mittelmächte hielten sich sorgfältig vor jeder klaren Stellungnahme, außer hinsichtlich der sofortigen Wiederherstellung des verletzten Rechtes. Der Deutsche mit Trotz und Doppelsinnigkeit, der Oesterreicher mit mehr Entgegenkommen und weniger Schroffheit bringen dieselbe Politik des preussischen Militarismus zum Ausdruck. Entgegen den erzwungenen Zugeständnissen gegenüber der Friedenssehnsucht ihrer Völker sagten beide der Entente, daß sie an dem Festhalten über die Gebiete festhalten. Keine Reformen um die dadurch hervorgerufenen Gefühle ist zu erwarten. Zwei Elemente bilden den übereinstimmenden Grundgedanken beider Reden: Die Schwierigkeiten, auf die die Verhandlungen mit den Russen gestoßen sind, und der herabwürdige Wille, die Hauptstädte zu behalten, was für die Rettung des germanischen Imperialismus als erforderlich betrachtet wird. Die Unmöglichkeit der deutschen Kultur nimmt die großen Ideen Wilsons keineswegs ernst. Belgien ist nicht als ein Hauptland, Elsaß-Lothringen deutsches Reichsland, Polen eine oesterreichisch-deutsche Kolonie. Wir sprechen nicht die gleiche Sprache.
 „Figaro“ erklärt: Nur die Herrschaft über die Meere kann den ganzen deutschen Imperialismus in Schach halten. Die Rede Czernins geht keinerlei Verpflichtungen gegenüber Serbien ein. Das Blatt bemerkt, daß der Grundgedanke der Rede Hertlings der sei, den Annexionsist Genugtuung zu geben, denn er verspricht auf seine Nachbarn, die Deutschland auf beiden Seiten erhoffte, als es den französischen Krieg entfesselt. Hindenburg und Ludendorff hätten die Rede gebilligt. Der Friede werde erst dann nahe sein, wenn eine Rede gehalten werde, die die Generale nicht billigen. Es sei Sache der Entente, dies durch die Energie ihrer behändigen diplomatischen Tätigkeit und durch ihr militärisches Vorgehen zu beschleunigen.

Geringe Gefechtsfähigkeit an der Westfront. — Lebhafter Feuerkampf bei Asiago. Italienischer Angriff auf den Monte Pertica abgewiesen.

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Auf der ganzen Front blieb die Gefechtsfähigkeit gering. Bei kleineren Unternehmungen südlich von der Oise und in den oberen Bezirken südlich von Lisse wurden Gefangene eingebracht.
Italienische Front.
 Auf der Hochfläche von Asiago und östlich von der Brenta lebhafter Feuerkampf. Ein italienischer Angriff gegen den Monte Pertica scheiterte.
 Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
 Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 27. Januar, abends. Amtlich.
 Von den Kriegsschauplätzen nichts von Bedeutung.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Januar. Amtlich wird verlautbart:
 Auf der Hochfläche von Asiago und östlich der Brenta war die Feindesaktivität auch gestern sehr lebhaft.
 Ein feindlicher Angriff gegen unsere Stellungen auf dem Monte Pertica wurde abgewiesen.
 Der Chef des Generalstabes.
 „Serbie“ sagt hingegen: Zwischen den Mittelmächten und Wilson sei bereits der Freiheit der Meere, einer Beschränkung der Rüstungen und einer Gesellschaft der Nationen bereits eine Einigung erzielt worden. In letzterem Punkte stehe nur noch Clemenceau isoliert da. Die Differenzen seien nur noch hinsichtlich Elsaß-Lothringens und Belgiens vorhanden. Belgien diene als Waffe, um die Entente zu erschöpfen. Die Elsaß-Lothringische Frage könne nur durch die Elsaß-Lothringer gelöst werden. Es sei unverständlich, warum Czernin das Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen verweigere.
 „Humanität“ findet, daß ein großer Schritt zum Frieden getan sei. Oesterreich schließe sich der Gesellschaft der Nationen an und verleihe den brutalen Imperialismus. Zwischen der Rede Czernins, den Großpremererien Hoffmanns und den Drohungen Hertlings sei ein himmelstreichender Unterschied.

Um Belgien.

Reden englischer Staatsmänner.
 „Reuter“ meldet aus London: Lord Robert Cecil, der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, sagte zu einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, daß er noch keine Gelegenheit gehabt habe, mehr als einen Blick auf die Wiederhergabe der Herrschaftliche Rede zu werfen. Sie scheine ihm jedoch eine grimmige Rede zu sein, eine Kriegserklärung, keine Friedensrede. Eines der wichtigsten Probleme sei das belgische. Das sei ein Prüfstein für die Bedeutung und Ehrlichkeit aller Vorschläge, die von der anderen Seite kämen. Der Kanzler sei in seiner Rede diesem Problem nicht näher geizeln. Die Rede des Kanzlers sei abgesehen davon nicht kriegswütiger, als man habe erwarten können. Hertling sei ein Anhänger der Militärpartei und seine Ansichten seien dieselben wie die Hindenburgs und Ludendorffs.
 Lord Curzon hielt in Cardiff eine Rede, in der er u. a. sagte: Es gibt niemand, der nicht Frieden wünsche. Wenn man trotzdem nicht dazu gelangen könne, so liegt es daran, daß der Friede, den man im gegenwärtigen Augenblick vom Feind erlangen könnte, mit der Ehre und Sicherheit Englands nicht vereinbar wäre. Bezüglich des von der anderen Seite gemachten Vorschlags, Antworten zu behalten, sagte er, man könne dies nicht gehalten, denn der englische Kanal würde dann ein deutscher Kanal werden, und mit der Freiheit Englands wäre es dann aus, auch Holland würde unter deutschen Einfluß kommen, und dasselbe würde von Skandinavien gelten.

Eisenbahnerstreik gegen Rote Garde.

Stockholm, 26. Januar. Aus Haparanda wird gemeldet, daß die allgemeine Einstellung des Eisenbahnerstreiks in Finnland, welche gestern als Vergeltung dafür beschlossen wurde, daß die Rote Garde zwei Eisenbahnbeamten niedergeschossen hat, später auf die Strecke zwischen Petersburg und Simola nördlich Wiborg beschränkt wurde.

Wieder nach Brest-Litowsk.

Graf Czernin und Herr v. Rühlmann haben wieder ihre Köpfe, um nach Brest-Litowsk zu fahren. Der erste kann eine Vertrauensfundgebung der österreichischen Delegation oben auf legen, der zweite muß sich mit der etwas summarischen Erklärung des Abg. Lehrenbach begnügen, man dürfe sagen, daß auch der Reichstag hinter der deutschen Regierung stehe. Wie aber der Reichstag das macht, ist nicht ganz klar geworden, da es ebensoviele klar ist, wie die Regierung steht.
 Was sich in der Zeit, da die Verhandlungen unterbrochen waren, zutrug, ist sonst nicht sonderlich geeignet, ihre Aussichten zu verbessern. Die Russen trauen den deutschen Unterhändlern nicht über den Berg, weil sie hinter all ihren Erklärungen für das Selbstbestimmungsrecht amerikanische Absichten wittern. Sie müssen in dieser Auffassung bestärkt werden durch Ritate aus einer angeblich vom früheren Reichskanzler Michaelis nach Wien gerichteten Denkschrift, die Saale am Sonnabend im Reichstag vorgelesen hat. Warum hat sich kein Regierungsvertreter gefunden, der erklärt hat, von der Existenz einer solchen Denkschrift sei in der Wilhelmstraße nichts bekannt und ihr angeblicher Inhalt stehe in schneidenden Widerspruch zu den wirklichen deutschen Absichten? Eine solche Erklärung ist, wenn sie mit gutem Gewissen abgegeben werden kann, durchaus notwendig und muß so rasch wie möglich erfolgen.
 Die deutschen Unterhändler neigen hinwiederum zu der Ansicht, den Russen sei es ernstlich um den Frieden gar nicht zu tun, was sie wollten, das sei die deutsche Revolution. Nun ist es durchaus kein Geheimnis, daß die Russen wirklich der Meinung sind, die Dinge könnten in Deutschland den gleichen Verlauf nehmen wie in Rußland, daß sie diese Wendung wünschen und mit allen Kräften zu fördern bestrebt sind. Das schließt jedoch keineswegs aus, daß sie den Frieden ernstlich und Ehrlich wollen. Um den Frieden zu erlangen, den sie für ihr Land brauchen, sind sie weiter gegangen, als deutsche Sozialisten gehen würden, wenn sich Deutschland in derselben unglücklichen Lage befände wie Rußland. Aber sie betrachten ihr Angebot im wesentlichen als einen festen Preis, von dem sie sich nichts abhandeln lassen können, wenn sie nicht, mit dem Hinterrück ihres Volkes beladen, vom Schauplatz verschwinden wollen.
 In verschiedenen Blättern wird die Pflicht betont, die Stellung der deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk zu stärken. Die Sozialdemokratie ist bereit, der Regierung jede Unterstützung angedeihen zu lassen gegen einen Druck, der die Brest-Verhandlungen vom Wege zu einem ehrlich demokratischen Frieden abdrängen will, ist sich aber nicht ganz klar, ob diese Unterstützung gewünscht wird, die der Regierung für den Fall eines östlichen „Vergleichfriedens“ eine Mehrheit im Reichstag sichert. Eine andere Unterstützung kann sie nicht gewähren, und sie kann auch keineswegs das Berispeden abgeben, sie würde, falls es in Brest zum Durchbruch käme, die Russen für den schuldigen Teil erklären. Wenn sie für den schuldigen Teil erklärt und wenn die große Masse des deutschen Volkes dafür halten wird, das hängt ganz von den Umständen ab.
 Nach allem, was man bisher weiß, liegt das größte Hindernis für den Erfolg der Verhandlungen in jenen Bindungen, die Herr v. Rühlmann zugleich mit seinem Amt übernommen hat und von denen er im Hauptausfluß nicht ohne Klagen den Unterton sprach. Wenn Herr v. Rühlmann diese Bindungen zerreißen sollte — auch sie sind doch nur „ein Stück Papier“ —, so könnte er wiederum dabei auf die volle Unterstützung der Sozialdemokratie rechnen. Wenn er aber ihrer wegen die Verhandlungen aufhören läßt, so darf er nicht glauben, daß er dann als Triumphtor in die Heimat zurückkehren darf.
 Sollten die Verhandlungen abbrechen, dann gibt es keine Aussicht mehr, mit Rußland zum Frieden zu kommen, bevor der allgemeine Frieden geschlossen wird. Dann aber wäre es besser, nie angefangen zu haben, da ein mißlungener Friedensvertrag von Brest-Litowsk die Stellung Deutschlands auf der künftigen allgemeinen Friedenskonferenz nicht gerade verbessern würde. Ebensoviele würden dadurch die Aussichten auf einen allgemeinen Frieden verbessert, denn wenn sich Deutschland selbst mit den national vollkommen ungenügenden Volkswünschen nicht verständigen könnte, wie sollte dann eine Verständigung mit den westlichen Regierungen möglich sein, solange nicht ihr nationaler Egoismus durch eine entweichende, endgültige, vollständige Auflösung ihrer letzten Widerstandskraft gebrochen ist?
 Der Abbruch der Verhandlungen in Brest-Litowsk würde zugleich bedeuten, daß der Krieg mit Rußland von neuem ausbricht und daß Rußland mit militärischen Mitteln zur Annahme der deutschen Bedingungen gezwungen werden soll. Ob und wie weit ein solcher Zwang möglich ist, soll

In diesem Zusammenhang nicht erörtert werden. Sicher ist nur so viel, daß das deutsche Volk nichts weniger wünscht als einen neuen Krieg mit Rußland und daß es sich vorbehaltlich der politischen und moralischen Grundlagen eines solchen neuen Krieges unbereinigten zu prüfen.

Man sieht, wie begründet die Absicht der Sozialdemokratie ist, nicht die Regierung als solche, sondern nur jene Elemente in der Politik der Mittelmächte zu stärken, die das Zustandekommen des Friedens mit Rußland erst möglich machen. Sein Scheitern wäre ein Unglück von unberechenbarer Tragweite. Wenn die deutsche Regierung dieses Unglück verhindern will und alles tut, was zu diesem Zweck nötig ist, dann kann sie, um es noch einmal zu sagen, auf die Unterstützung der Sozialdemokratie und der ganzen bisherigen Mehrheit rechnen, die sie dann auch gegen die Angriffe von rechts gewiß nötig haben wird. Würde die Sozialdemokratie aber zu der Ueberzeugung kommen, daß der Frieden an gewissen Bindungen und machtpolitischen Zusammenhängen gescheitert ist, dann wird das Wort Scheidemanns Geltung bekommen, daß die Sozialdemokratie nicht daran denke, für eine solche Regierung ihre Haut zu Markte zu tragen.

Mit nicht geringer Spannung erwartet alle Welt die Antwort, die auf Czernins Ruf über das große Wasser zurückkommen wird. Was man bisher als Echo aus dem Westen vernommen hat, ist nicht maßgebend. Auch hier haben die Kriegsbeyer die Reden Lloyd Georges und Wilsons ganz anders beurteilt, als das etwas später durch die Berliner und erst recht durch die Wiener Regierung geäußert ist. Man kann sich also auch nicht wundern, wenn von drüben Stimmen laut werden, die Wilson dringend warnen, in die deutsch-österreichische Falle zu gehen. Das ist die unvermeidliche Zwischenaktmusik, die vor jedem neuen Aufzuge des großen Friedensdramas gespielt wird. Sicher ist nur so viel, daß jeder sichtbare Fortschritt der Wiener Verhandlungen die Reizung zum allgemeinen Frieden verstärken muß, nicht nur aus rein stimmungsmaßiger, sondern auch aus sehr realpolitischen Gründen. Es gibt darum keine bessere Unterstützung der von Czernin eingeleiteten allgemeinen Friedensaktion als die solche Sinnesveränderung aller Streitparteien, die dem Frieden zwischen den Mittelmächten und Rußland im Wege stehen. Die muß gelingen, denn die Russen haben bisher nichts Unmögliches verlangt, nichts, wogegen sich das Gewissen unseres Volkes aufbäumt, nichts, was die Heimkehr unserer Diplomaten ohne Frieden rechtfertigen kann!

Brailsfords Kritik an Lloyd George.

Verfeinerter Annexionsdiktator in England.

Bern, 24. Januar. In einer Aufschrift an „Daily News“ über die in den Reden Lloyd Georges und Wilsons erklärten Kriegsziele der Ententemächte macht der Schriftsteller Brailsford (der bekannte Mitarbeiter der „Nation“) die Sorge der Alliierten um das die Vorkriegsposition von der Türkei erforderns Wohlgehehen Syriens, Palästinas, Arabiens und Mesopotamiens lächerlich und sagt offen, daß die wahren Beweggründe für diese Forderungen in dem von den Vorkriegsalliierten veröffentlichten Geheimverträge zu finden seien, der auf mannigfaltigen, teilweise amtlich sanktionierten Projekten der Verwässerung, der Petroleumgewinnung und des Eisenbahnbaues beruhe. Diese wirtschaftlichen Motive und vielleicht mehr noch die britische strategische Besorgnis wegen des Weges nach Indien erklärten die Forderung der Abtretung der ganzen Südhälfte der Türkei. Welt vernünftiger als Lloyd George, der die Vorkriegsposition der fraglichen Gebiete von der türkischen Souveränität verlange, fordere Wilson für sie autonome Entwicklung. Tatsächlich tue ihnen kulturelle Autonomie mehr not als territoriale, und dieses Problem sei nicht einmal dreinlicher Natur, abgesehen von Armenien, das sofort unabhängig frei werden müßte.

Brailsford bedauert, daß Forderungen, die wie die hinsichtlich Bosens, die zweifellos (ediglich ein Bluff sei, überhaupt ausgesprochen worden seien, da sie bloß der Vaterlands-

partei Material gegen den Friedensschluß lieferten. Dagegen solle die britische Diplomatie die großen Ziele, welche die Welt einigten, betonen: nämlich die Völkerliga, die Abrüstung, die Freiheit der Meere und den wirtschaftlichen Frieden. Weiter solle sie auf gegenseitige Herausgabe der okkupierten Territorien bestehen, da die Aufgabe der Eroberungen tatsächlich die Niederlage des Militarismus bedeute. Dabei solle sie hinsichtlich der deutschen Kolonien die Versicherung abgeben, daß der Gesamtumfang derselben nicht vermindert werden werde, selbst wenn einige wenige Änderungen nötig sein sollten, und ganz zum Schluß, wenn eine Atmosphäre von Vertrauen geschaffen wäre, dann sei es Zeit genug, zu sehen, ob man unter Angebot von Entschädigungen sich über die Frage des Plebiszits in Elsaß-Lothringen und dem Trentino zu einigen vermöge.

Japans Weltpolitik.

Betonung der Bündnistreue. — Drohung an Rußland.

Totio, 26. Januar. Der japanische Minister des Auswärtigen Motono sagte in einer Rede im Parlament, er sei glücklich, feststellen zu können, daß die von Japan geleistete Hilfe große Anerkennung bei den Völkern und Regierungen der Alliierten gefunden habe, und daß das Bündnis Japans mit Großbritannien immer die Hauptgrundlage der japanischen auswärtigen Politik gewesen sei. Japan nahm hauptsächlich aus diesen Gründen an diesem Kriege teil und seitdem schreie Japan keine Mühe, die Alliierten zu unterstützen. Es sei unmöglich, die Weltlage nach dem Kriege voranzuführen, aber es sei gewiß, daß, solange gemeinsame Interessen zwischen Japan und England in Asien beständen, die Regierungen und Völker beider Nationen mehr und mehr die Notwendigkeit einer loyalen Aufrechterhaltung des Bündnisses einsehen würden. Es sei seine feste Ueberzeugung, daß dies der leitende Grundsatz Japans sein müsse. Das Anwachsen der deutschen Macht sei die größte Bedrohung für die Sicherheit des fernsten Ostens. Deshalb habe Japan Deutschland aus Tsingtau verdrängt. Die Vereinigten Staaten hätten sich von der Aufrechterhaltung des Bündnisses, die Unabhängigkeit Chinas und die Integrität seines Gebietes aufrechtzuerhalten, überzeugt, Japans besondere Interessen in China anerkannt. Es sei ein unschätzbare Erfolg der japanischen Mission in den Vereinigten Staaten, daß es ihr gelang, die Vereinigten Staaten von der wirklichen Gefährdung Japans zu überzeugen und alle Mißverständnisse beseitigen zu lassen. In Rußland hätten die Ereignisse sich rasch entwickelt. Es sei unmöglich, sich ein genaues Bild zu machen, aber es werde notwendig sein, bei der Entschließung über die Maßnahmen, die Japan vielleicht ergreifen werden müsse, Flug zu Werke zu gehen. Mit Rücksicht auf die freundschaftlichen Beziehungen, die bisher zwischen Japan und Rußland bestanden, hoffe die japanische Regierung ernstlich, daß es dem russischen Volke gelingen werde, ohne den Interessen seiner Verbündeten oder der Ehre und dem Prestige Rußlands zu präjudizieren, eine starke, dauernde Regierung einzurichten. Die feindlichen Mächte hätten vielfach durch indirekte Mittel versucht, die Ententemächte zu Rouparsieren zu veranlassen, oder man müsse gegenüber diesen sogenannten Friedensvorschlüssen der Feinde vorsichtig sein. Es sei bekannt, daß England und Japan in ihrem Bündnisvertrage sich gegenseitig verpflichtet hätten, keinen Sonderfrieden zu schließen. Japan habe bis heute von seinen Alliierten noch keinerlei Vorschläge über Friedensbedingungen erhalten und glaube auch nicht, daß die Zeit gekommen sei, um endgültige Verhandlungen aufzunehmen.

Die demokratische Flotte.

Wahl der Vorgesetzten.

Petersburg, 25. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Erlaß über die Demokratisierung der Flotte. Das Personal der Flotte der russischen Republik besteht aus Bürgern, die gleiche Rechte haben und Marineangehörige der Kriegsmarine.

Der russischen Republik genannt werden. Das Vorgesetztenpersonal verwaltet die strategische und technische und gemeinsam mit den gewählten Ausschüssen die Verwaltungsabteilung der Flotte. Alle Marineangehörigen führen die Titel, die ihren Posten als Kommandant, Mechaniker oder Artillerist entsprechen. Jeder Marineangehörige hat das Recht, jeder Berufsgenossenschaft, politischen Partei oder religiösen Gesellschaft anzugehören und seinen Glauben öffentlich zu bekennen. Der Zentralausschuß der Marine und seine militärische Abteilung mit einem Vorstand und zwei Stellvertretern zur allgemeinen Verwaltung der strategischen und technischen Angelegenheiten obliegt seinen Befugnissen gemeinsam mit der Verwaltungs-, der wirtschaftlichen und der politischen Abteilung. Das gesamte Vorgesetztenpersonal wird auf Grund allgemeiner Abstimmung gewählt und in seiner Dienstfähigkeit durch den Zentralausschuß der Marine bestätigt. Die Ausschüsse des Befehlspersonals haben das Recht, unter Berufung auf den Zentralausschuß die Absetzung eines Vorgesetzten zu verlangen. Die Absetzung findet auf Grund einer Zweidrittel-Mehrheit durch eine vom Zentralausschuß mit den Vertretern des Ausschusses abzuhaltenen Konferenz statt. Die betreffende Stelle muß dann durch Renzwahl besetzt werden. Abgesetzte Marineangehörige werden verabschiedet oder zur Reserve übergeführt.

Trozkis „Schilke“.

Petersburg, 26. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Rat der Volksbeauftragten ernannte den Bürger Georg Tschicherin zum Schilke des Volksbeauftragten für die auswärtigen Angelegenheiten. Das Amt, das Tschicherin übertragen worden ist, entspricht dem der Unterstaatssekretäre.

Argentinischer Eisenbahnerstreik.

Buenos Aires, 26. Januar. (Habas.) Auf der argentinischen Zentral-Eisenbahn erklärte der Arbeiterbund den Personal-Ausstand.

Buenos Aires, 26. Januar. (Habasmeldung.) Der Ausstand auf der argentinischen Zentral-Eisenbahn behält sich aus. Ausständigen Schienen Telegraphenbrüche ab. Truppen wurden zur Bewachung der Bahnhöfe entsandt. Der Arbeiterbund droht mit dem allgemeinen Ausstand.

Nach einer späteren Habasmeldung soll der Ausstand auf der argentinischen Zentral-Eisenbahn bereits beendet sein.

Die Streiks in Barcelona.

Madrid, 26. Januar. (Habasmeldung.) Der Tag verlief in Barcelona ohne Zwischenfall. Die meisten industriellen Werkstätten sind geschlossen. Über 25 000 Frauen legten die Arbeit nieder. Es geht das Gerücht, daß Barcelino Domingo und mehrere andere Syndikalisten verhaftet seien, doch ist diese Nachricht nicht bestätigt.

Paris, 27. Januar. (Habasmeldung.) Radfahrer Zeitungen berichten aus Jerez, daß die Linienfahrzeuge Espana und Alfonso XIII. und der Kreuzer Rio de Janeiro (?) seelich gemacht wurden, um auf Befehl sofort nach Barcelona, Figo und Bilbao abgehen zu können.

Die Affaire Caillaux.

Paris, 26. Januar. (Habas.) Caillaux wurde am Donnerstag von Boucharon einem langen Verhör unterworfen, das sich auf die aus Amerika und Italien eingetroffenen Schriftstücke bezog. Am Abend wurde Caillaux wieder in den Justizpalast gebracht, um der weiteren Ausbildung der Vernehmung in dem Kassenbuch in Florenz gefundenen Schriftstücken beizuwohnen.

Loupsol wurde von Leutnant Janssen verhört.

Romödienhaus: „Der Unbestechliche“.

Komödie von Max Dreher.

Nach der Menge dilettantischer Ungenauigkeiten, die der Theaterwinter brachte, war diese Dreher'sche Komödie, welche wieder die für ihren Autor so charakteristische Verbindung menschlich-aufrechter Gesinnung und sicheren Bühnenbildes aufweist, eine freudige Ueberraschung. Gewiß, bei dem Gefüge der Handlung und Personen, stürmt wohl nicht alles. In der Fassung der Hauptfigur, des idealistisch weltfremden Professors Schwerfeger, liegen — und zwar gerade bei der Entwicklung der Voraussetzungen, auf denen sich die Handlung aufbaut — einzelne Mängel, die schwere psychologische Bedenken haben, und die glückliche Lösung wird dann durch Wendungen herbeigeführt, die dem im Doktoratamen grad eben noch zur Not hindurchgeschlüpften Prinzen, seine Braut und die großherzoglichen Eltern in einer etwas unwahrscheinlichen Mariage menschlicher Vernünftigkeit extrahieren lassen. Aber es wäre bei dem Bieler, was gut und schön gefügt ist, und bei der Ausrichtung des Ganzen auf Probleme einer wirklichen Charakterkomödie mehr als willig, über solchen Mängeln das Gelungene zu übersehen. Wie wenige auch der besseren Komödien vermöchten eine solche Probe zu bestehen! Der Abstand zwischen den Erfordernissen der dramatischen, auf raschen Ablauf hinweisend geschlossenen Bühnenbilder eingestellten Form und der unendlich komplizierten Wirklichkeit wird sich im Theaterhandwerk nur sehr selten ohne Zuhilfenahme einiger Willkür- und Gewaltmaßnahmen überbrücken lassen. Man muß, wenn der Theaterdichter sonst nur anzuregen, zu bewegen und zu interessieren will, in dieser Hinsicht mit Annäherungen schon zufrieden sein. Und Dreher's Bild, von einem ausgezeichnet frischen Spiel getragen, verband das Interesse bis zu der letzten Szene festzuhalten.

Den hochgeborenen jungen Herrn, der etwas bekommen der Doktorprüfung entgegensteht, stehen als Helfer zwei flott umrissene, von den Herren Gustav Boh und Paul Otto sehr glücklich präzentierbare Typen zur Seite: Ein korpulent jovialer Kammerherr, der es für selbstverständlich hält, daß auch diese Angelegenheit wie jede andere durch Schiedungen zu regeln sei, und ein modern geschmückter, in Sportsachen hervorragender Professor der Ökonomie, der durch Examinatoren-Liebesschwärmerei in diesem Falle ein Ordensbändchen zu erhalten hofft. Die Annahme der beiden, daß Schwerfeger, der gefürchtete Historiker, schon mit sich reden lassen werde — zumal seine eigene Stellung durch Wäckerleins schwer erschüttert ist —, wird arg enttäuscht. Er wird die eingesandte Doktorarbeit als „ungenügend“ ab. Mit der Darstellung dieses merkwürdigen Originals, in dem lauterster Erkenntnistrieb und klärende Gesinnung sich mit der Schöfferei eigenstimmiger Schriften mischen, steht und fällt das Stück. Rein-

hold Schängel traf aufs Vollkommenste des Dichters Intentionen. Die schlanke, etwas gebeugte Gelehrtengestalt mit dem durchgeistigten verschlossenen Antlitz, über das in Augenbliden der Gedankenspreude ein schwärmerisches Leuchten geht, gewann sich auf der Stelle alle Sympathien. Dem herben Stolz, der in der eifersüchtigen Furcht sich etwas zu vergeben, jede dargebotene Hilfe ablehnt, fügte der Schauspieler den Einbruch einer Weichheit und feilschen Wechsels bei, der jene oben angebeuteten brüchigen Punkte der Charakteristik nach Möglichkeit verhält. Er, den Geldkalamitäten so wenig drücken, daß er die Summe, mit welcher er den Pfändbuna drohenden Bucherer abfinden wollte, einem in Not geratenen Freunde leiht, läßt sich durch wunderliche Rücksichtnahme auf die Empfindungen des Kammerherrn, dem er Dank zu schulden meint, verleiten, daß er dessen Vermittlungsbüße dem Bucherer gegenüber annimmt, und erklärt, das abgelebte Manuskript nochmals darauf durchsehen zu wollen, ob er sein Urteil nicht mildern könne. Freilich nur, um nach diesem unerschütterlichen Entgegenkommen, das seinem reizbaren Gewissen dann später als schuldhafter Vorkühlschritt erscheint, seiner Hoheit bei der mündlichen Prüfung um so gründlicher zuzusetzen. Das Examenkollegium und der von dem wirklich Bestochenen, dem ordenslütternen Streber, gegen Schwerfeger angezeigte Verleumdungsfeldzug, den dieser durch seine Selbstbezüglichung unterstüßt, ergängen die Charakterkomödie durch wirksame satirische Lichter. — Alles in allem ein herrlicher Erfolg. Schauspieler und Dichter mühten wiederholt erscheinen.

Ueber die Brücke.

Violetta sah im Theater und erwartete den Beginn der Vorstellung. Als schon der Kronleuchter erlosch und das Rampenlicht aufging, kam ein Gefreiter, ein hoher, mächtiger Mensch, und nahm neben ihr Platz.

Die Weigen begannen zu zirpen und zu summen; seiner Parfümbüchse mischte sich mit dem Geruch von frischem Leder, der von dem Soldaten ausging.

Violetta lehnte sich zurück und ließ sich die schweigenden Töne eingehen. Der Soldat deutete sich unbeweglich über die Brustung. Die Fiedeln jauchzten auf, von melodisch flgenden Klarinetten begleitet. Wählich bog sich der Soldat zu Violetta und fragte: „Ist das nicht schön?“ — Sie nickte.

Der erste Akt war vorüber. Der Gefreite erzählte unermüdet. Er hatte in einem mazedonischen Lazarett gelegen und sahe nur zu seinem Regiment nach Belien. Auf dem Balkan mußte er sechs Stunden liegen bleiben; so wäre er ins Theater gegangen.

Beil Violetta die offene Art des Mannes gefiel, hörte sie ihm lächelnd zu und meckte dabei wohl, daß er sie bewundernd anblickte.

Das Spiel hat wieder an; eine Mischung von Eitelkeit und Mitleid hielt sie ab, ihm zu wehren, daß er seine schwere Hand auf ihren Arm legte. Sie ließ es sich an gefallen, daß er nach Schluß der Vorstellung mit zur Garderobe ging, ihr sorglich in den Mantel half. Vor dem Tore wollte sie sich von ihm verabschieden, aber er bot sie stehend: „Fräulein — gehen Sie ein Stück mit mir!“

Verlegen schritt sie neben ihm her. Er sagte kein Wort. Der Wind stieß durch die Straßen, die Gaslampen schreckten sich zusammen. Die Stiefel des Soldaten schlugen hart und fremd auf das Pflaster; Violetta fröstelte.

So erreichen sie die Brücke. Der Wind schrie hoch; kein Mensch war zu sehen. Ein Glodenschlag gitterte verloren. Violetta blieb stehen.

Der Gefreite sah sie mit weitoffenen Augen an. „Ja, ja... Sie wollen nach Hause?“ — Sie antwortete nicht. „Wollen Sie mir einmal schreiben?“ — „Gern!“ sagte Violetta.

Er zog ein Notizbuch aus der Tasche, trat an die nächste Laterne und schrieb seine Adresse auf.

Das Bild schied sich langsam in Violettas Gedanken: die breite Brückenstraße mündete in ein dunkles Tor. Die Sterne stoben wie späte Silberne Vögel aus der schwarzfarnenen Himmelswölkung. Nur zur Linken stand ein fadles Wolfengebilde wie eine kaltegetränkte Wand. Und der Wind piffte so kalt...

Der Soldat reichte ihr seine Hand; dann eilte sie ihren Weg zurück. Seine lauten Schritte riefen ihr nach. Als sie sich noch einmal umwendete, war er schon durch das Tor.

Nach Wochen — sie hatte das Ereignis schon vergessen — fand Violetta den Jettel. Im ihr Wort zu halten, sandte sie dem Gefreiten eine Karte mit ihrem Bild. Wenige Tage später erhielt sie diese zurück, da der Adressat gefallen war. Ein leichter Schatten fiel auf diese Stunde...

Jungmädchenherzen sind fröhlich und weich. Der Rufall wollte es, daß sich Violetta eines Abends in heiterer Gesellschaft verpaßte. In den Straßen war es sehr still, aber als sie über die Brücke kam, ließ der Wind ihre Kleider flattern. Er piffte und schrie und arpelte. Die breite Brückenstraße mündete in das dunkle Tor. Die Sterne glänzten wie silberne Vögel und im Süden schimmerte eine helle Wölke wie eine kaltegetränkte Wand.

Und Violetta mühte kaum, warum sie auf einmal weinte...

Arthur Sidler.

Notizen.

— Ein Drillings-Wunder. In der „Deutschen Rechten“ Wochenschrift, ist nach einem Vortrage von E. Oth von Drillingen die Rede, die am 23. November gehalten waren. Das Trio erzielte 8 Wochen verfallt auf dieser krummen Welt. Ein Mädchen wog nur 1370 Gramm, ein zweites 1420 Gramm, das dritte, ein Bubensöhn, war der Schwermühteste; 1820 Gramm; in Summe also 4610 Gramm oder wenig über neun Pfund. Gleichwohl gelang es, die Drei aufzupäppeln, was natürlich nur durch eine geradezu fantastisch gewissenhafte Pflege möglich war.

Wilson mahnt zur Sparsamkeit. Washington, 26. Januar. Wilson erließ einen Aufruf, in dem er das Publikum auffordert, mit den Lebensmitteln sparsamer zu sein. Hoover teilte mit, daß er auf Lord Rhondos Ersuchen noch mehr Weizen antwortete, daß er jedes Korn ausführen werde, das die amerikanische Bevölkerung vom normalen Verbrauch sparen könne.

Verlängerung der englischen Front im Westen. Amsterdam, 27. Januar. Aus London wird gemeldet: Der Sonderkorrespondent Reuters an der englischen Front in Frankreich meldet, daß die Engländer einen neuen Teil der Westfront übernommen haben. Die englischen Kampfgraben erstrecken sich nun bis St. Quentin.

„Sultan Javus Selim“ freigelassen.

Berlin, 27. Januar. Amlich. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist der türkische Panzerkreuzer Sultan Javus Selim (früher Göben), der auf dem Rückmarsch von dem Vortrieb nach der Insel Jambros an der Enge bei Kogoro festgenommen war, in die Dardanellen eingelaufen.

Welche Bedeutung die Engländer dem Kampfwert der Göben beimessen, beweist, daß der englische Vortrieb seit einer Woche mit dem Schiff beschäftigt und andauernd Meldungen von weiteren Angriffen und angeblichen Beschädigungen verbreitet, um falsche Hoffnungen auf einen Ausfall der Göben für die weitere Kriegführung zu erwecken.

Ueberlebende gesunkener deutscher Minensuchboote.

Kopenhagen, 26. Januar. (Nigan.) Aus Ringlöbing wird gemeldet: Ein Schiffsboot mit 17 deutschen Marinefeldaten ist in Hovig an der Westküste Jütlands angelangt. Einer der Insassen ist tot. Das Boot kommt von einem deutschen Kriegsschiff. Die Bootsmänner sind schwer erschöpft, sie haben vier Tage im offenen Boot zugebracht. Aus Ringlöbing wurde ihnen ärztliche Hilfe gesandt. Die Leute wurden zum Strandboot geschafft und mit trockenen Kleidern versehen. Einer der Schiffbrüchigen ist indessen gestorben. Unter ihnen war ein deutscher Marineoffizier. Es steht fest, daß die Leute zu einem deutschen Torpedojäger gehören, der torpediert worden oder auf eine Mine gestoßen ist. Einzelheiten fehlen noch.

Notiz des B. Z. B.: Wie wir an zuständiger Stelle erfahren, handelt es sich um die beiden Minensuchboote A 73 und A 77, die auf Minen gelaufen und gesunken sind. Infolge unsichtigen und schlechten Wetters gelang es anderen in der Nähe befindlichen Fahrzeugen, selber nur einen Teil der Besatzungen der gesunkenen Boote zu retten.

Deutsche U-Boote vor Brasilien? Bern, 26. Januar. Die französische Presse meldet, daß amerikanischen Zeitungen zufolge an der amerikanischen und südamerikanischen Küste, besonders in der Nähe von Brasilien deutsche U-Boote gesehen worden seien.

Ueber die Hälfte der italienischen Handelsflotte vernichtet. Berlin, den 27. Januar 1918. Nach „Popolo Romano“ vom 22. Januar erwähnte Nitti in seiner Rede in der „Associazione Commerciale industriale agraria Romana“, daß im Verlauf des Krieges 55 vom Hundert der italienischen Handelsflotte zerstört worden sind.

Karolyi in Opposition gegen Welerie.

Budapest, 27. Januar. (Meldung des Ungarischen Korrespondenzbüros.) Die Karolyipartei beschloß in ihrer gestrigen Konferenz, dem neugebildeten Kabinett gegenüber eine oppositionelle Haltung einzunehmen, jedoch die Wahlrechtsvorlage der Regierung zu unterstützen. Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Ursache dieser Haltung der Karolyipartei darin zu suchen, daß bezüglich verschiedener innerer und äußerer Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen Karolyi und dem Ministerpräsidenten verlagern. Ministerpräsident Dr. Welerie erklärte einem Vertreter der Karolyipartei, dem Grafen Theodor Batthyanyi, daß er ihn erlaube, das Vorleseamt als Minister für Volksfürsorge beizubehalten, jedoch müsse er die Karolyipartei verlassen. Hiermit war der Bruch zwischen der Karolyipartei und dem Kabinett auch formell vollzogen.

Zum Kampf ums Wahlrecht.

In Völsfeld fand eine Miesenkundgebung für das freie Wahlrecht in Freuchen statt. Am Sonnabend, um 4 Uhr, verließen die meisten Arbeiter die Fabriken und zogen vor das Rathaus. Dort fand um 5 Uhr auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, um in einer Eingabe an das Abgeordnetenhaus um des Wahlrechtsausstufes die Forderung der Bürgerschaft auf baldige Durchberatung der Wahlrechtsvorlage zu stellen. Die Stadtverordneten schlossen sich im Prinzip dem Antrag an. Ein Teil der Reden glänzte durch Abwesenheit; die Herren wollten nicht das Redefür die Wahlen abgeben, wie ihr Redner erklärte, der sich der Abstimmung enthielt.

Die Massen hatten draußen unter Hochrufen auf das freie Wahlrecht und Abfingen der Parzellisten.

Dann fanden in der größten Lokale der Stadt Versammlungen statt. Die Lokale waren überfüllt; die Mehrzahl der Demonstranten konnte keinen Einlass finden. Es sprachen die Genossen Mademann, Schred und Sebering über das Thema „Der Drang nach dem gleichen Wahlrecht“. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „Die Versammelten erklären, daß sie den Verschleppungskampfe eine Demokratisierung seiner inneren Einrichtungen zu einer starken und geeinten Volksgemeinschaft wird.“

Unter Hochrufen auf das allgemeine, geheime, direkte und gleiche Wahlrecht wurde die Versammlung geschlossen. Die Kundgebung, an der sich 10.000 bis 12.000 Arbeiter beteiligten, nahm einen ruhigen ersten Verlauf.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland

für Verteidigungsfrieden und gleiches Wahlrecht.

Eine am 26. Januar in Berlin abgehaltene Sitzung des Vorstandes, Arbeitsausschusses und Arbeitsausschusses des Volksbundes für Freiheit und Vaterland ergab folgende

Rundgebung:

Vorstand, Arbeitsausschuss und Ausschuss des Volksbundes für Freiheit und Vaterland begrüßen in ihrer aus allen Teilen Deutschlands besetzten Tagung am 26. Januar mit besonderer Freude die Erklärung des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 25. Januar 1918, daß volles Einverständnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn herrsche. Der Volksbund beurteilt aufs entschiedenste alle Treibereien, die geeignet sind, das gute Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu stören. Das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hat nichts zu tun mit derartigen Machenschaften. Im Verein mit seinen Bundesgenossen tritt es für Beendigung des Weltkrieges durch ehrliche Verhandlung mit den Gegnern ein.

Nichts würde die innere Einigkeit des Volkes mehr stärken als eine rasche Erledigung der preussischen Wahlreform auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts. Die Vorgänge im Ausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses müssen den Eindruck einer beabsichtigten Verschleppung hervorrufen und sind geeignet, stärkste Empörung in den weitesten Volksteilen zu erwecken.

Zugleich bekennt der Volksbund für Freiheit und Vaterland, daß die Forderungen des Reichstages auf freiere Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungswahlrechts bisher bei den beteiligten Stellen kein Gehör gefunden haben. Die Nichtberücksichtigung dieser Forderungen hat ohne Zweifel die Stimmung der breitesten Volksschichten in sehr ungünstiger Weise beeinflusst.

Die Alldeutschen gratulieren!

Ein vergifteter Geburtstagskuchen.

Das tägliche Organ des Alldeutschen Verbandes und der Schwerindustriellen Kriegsgeheimen, die „Deutsche Zeitung“, brachte gestern Wilhelm II. zu seinem Geburtstag folgende eigenartige Guldigung:

Das Verhängnis der nunmehr dreißigjährigen Regierung Kaiser Wilhelm II. war es bislang, daß nicht die Männer an die Spitze der Regierung im Reich und Preußen gestellt waren, die mit festen, zielstrebigen Händen Bismarcks Politik fortgesetzt haben. Die Regierung unseres Kaisers begann mit der Uebernahme Bismarcks des Einzigen, des Inneren. Aber Bismarck mußte gehen. Seitdem hat über seinen Nachfolgern und ihrer zumeist antibismarckischen Politik die Nemesis gewaltet. Möge das deutsche Kaiserthum alle Zeit behütet sein vor dem Schicksal heillosen Schwäche, wie sie dem unverbesserlichen Dilettanten und Romantiker auf dem Hohenzollernthron, dem König Friedrich Wilhelm IV., eignete, der vor den gefallenen Barrikadenkämpfern, den Vorgängern der roten Internationale, den Hut ziehen mußte; dessen Unglück es war, daß er — im Gegensatz zu seinem Bruder, Kaiser Wilhelm I. — nicht große Römmer neben sich als Mitarbeiter stellen, sie ertragen, sie frei schalten und walten lassen konnte!

Die Artigkeiten der Herren sind entzückend. Ward je in solcher Raume zum Geburtstag gratuliert?

Ein Patent auf die parlamentarische Redefreiheit.

Die freikonservative „Post“ veröffentlicht eine Zuschrift von parlamentarischer Seite, in der über das Verhalten der Unabhängigen im preussischen Abgeordnetenhause geklagt wird. Solche Klagen sind das gute Recht jeder Partei, das auch die Sozialdemokratie für sich in Anspruch nimmt. Weiter aber heißt es:

Aus diesen Vorgängen wird das Abgeordnetenhaus die Verletzung herleiten müssen, den Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion, soweit dies die Geschäftsordnung gestattet, die Rednertribüne des Abgeordnetenhauses zu reden aus dem Fenster zu verschleichen, und es wird sichergegenwärtigen müssen, daß es eine vaterländische Pflicht ist, von diesem Rechte in volstem Umfange Gebrauch zu machen.

Das Abgeordnetenhaus kann tun, was ihm beliebt. Eine Mehrheit zur Unterdrückung der parlamentarischen Redefreiheit wird dort zu erzielen sein — im Reichstag aber nicht. Das preussische Dreiklassenhaus würde durch die ihm angerathenen Maßregeln nur einen neuen Beweis dafür erbringen, daß es kein Parlament, sondern etwas ganz anderes ist. Es würde sich damit nur auf die Stufe begeben, die seiner wirklichen Bedeutung entspricht.

Der preussische Unterrichtsminister zur Jugendheimfrage.

Der preussische Unterrichtsminister weist erneut auf die Bedeutung der Jugendheime unter den gegenwärtigen Verhältnissen hin und erucht die Regierungspräsidenten und den Oberpräsidenten in Potsdam, dieser wichtigen Angelegenheit ihre besondere Fürsorge zu widmen. Insbesondere soll der Unterhalt und Ausbau der vorhandenen und die Schaffung neuer Heime tatkräftig gefördert werden.

Auch die Arbeiterschaft hat bisher ihre Jugendheime nach Möglichkeit offen zu halten versucht und bedeutende Mittel dafür aufgewendet. Dies wird natürlich immer schwieriger. Es ist daher zu hoffen, daß entsprechend dem Erlaß des Unterrichtsministers auch unsere Arbeiterjugendheime der erwähnten „besonderen Fürsorge“ teilhaftig und eventuelle Unterstützungsgesuche ohne jede Voreingenommenheit geprüft werden. Dies um so mehr, als gerade unsere Jugendheime — wie auch von bürgerlicher Seite schon anerkannt worden ist — wertvolle Bildungs-Heimstätten für die arbeitende Jugend sind und, namentlich in den kalten Wintermonaten, einen sehr starken Besuch aufweisen.

Der Verrag der hingebenden Alldeutschen macht sich in immer größerer Formel Luft. Die „Kreuzzeitung“ fabelt von „5000 rekrutierten sozialdemokratischen Anhängern“, die den Ausschlag gegeben hätten, während alle konservativen Wähler an der Front gewesen seien! Der entsetzliche Wahlkreis wird plötzlich zu einer Art Industriezentrum gestempelt, auch die „Deutsche Tageszeitung“ lobt in laut über die „rekrutierten Schwerverdiener“, welchen die Sozialdemokratie allein den Sieg verdanke. Man sieht: Schwachginge den Alldeutschen in Dauen, Doch blieben unberührt die Schnauzen!

Die Vinspfer des „Sicherungsfriedens“. Der „Tag“ bellt sich darüber, daß wir in unserem gefirgigen Leitartikel nur jenen Teil seiner Ausführungen wiedergegeben haben, in dem zugestanden wird, daß ein annerzionistischer „Sicherungsfrieden“ bedeuten und mehr Blut kostet als der von der Sozialdemokratie angeführte Frieden. Er legt Wert auf die Feststellung, daß in seinem militarischen Auftrag weiter gelangt war, wenn wir keinen „Sicherungsfrieden“ bekämen, so würde bald ein neuer Krieg kommen, der noch mehr Blut kosten würde. Diese Art der Beweisführung haben wir schon unzählige Male gehört. Neu ist aber das Eingeständnis, daß der von der Sozialdemokratie jetzt angeführte Frieden erheblich weniger Blut kostet als ein Annerzionsfrieden. Das halten wir fest.

Parteinachrichten.

Die „L. B.“ als Verteidigerin der Volkswirtschaft.

Nach den bedauerlichen Angriffen der Stein und Kautsky auf die Volkswirtschaft ist es wirklich vergründlich, die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichen zu hören, sie hätte die Tragik und Lenin nicht voreilig bemerkt. Ganz anders hätten es die bösen Regierungsozialisten getrieben. Im Anschluß an einen in der sozialdemokratischen Presse erschienenen Artikel, in dem die Sprengung der Konstituante als höchstes Vorbild demokratischen Handelns behauptet wird, verläßt sich die „L. B.“ wieder zur Abwechslung an die Volkswirtschaft „anzubiedern“:

Es wirkt erheitend, wenn man deutsche Regierungsozialisten in dieser Weise reden hört. Wer die Anschauungen des Sozialismus in die Tat umsetzt, wer mit seinen Handlungen dem Sozialismus und dem Sozialismus den besten Dienst geleistet hat, ob die russischen Volkswirtschaft oder die deutschen Regierungsozialisten, darüber wird die Geschichte ihr Urteil fällen. Gewagt ist es aber von der Regierungsozialistischen Presse auf jeden Fall, die sozialdemokratischen Parteien aller Länder als Kronzeugen gegen die Volkswirtschaft aufzurufen!

Es trifft sich sehr schön, daß wenige Tage zuvor die unabhängige „Vergilische Arbeiterstimme“ den jetzt schamlos verlegneten Feldzug gegen die Volkswirtschaft, den der unabhängigen Paroleitung nachstehende „unabhängige Zeitungsdiens“ organisiert hat, einer scharfen Kritik unterwirft. In Entgegnung auf einen Artikel des „Berliner Mittelungsblattes“, der die von uns und Hesse nicht gerückte Kampagne der Unabhängigen gegen die Volkswirtschaft beschönigen wollte, schreibt die „Vergilische Arbeiterstimme“:

Für das „Mittelungsblatt“ mag das richtig sein, für die offiziellen Organe der unabhängigen Sozialdemokratie trifft es leider nicht zu. Wir meinen damit weniger deren Zeitungen, als die Informationsorgane der Zeitungen, nämlich den „unabhängigen Sozialdemokratischen Zeitungsdiens“ und die „sozialistische Auslandskorrespondenz“. Alle informierenden Artikel dieser Korrespondenzen wandten sich gegen die Volkswirtschaft. Man hat die größten Kanonen gegen die Volkswirtschaft aufgeführt. So brachte die Korrespondenz neulich als einziges Material einen Artikel Kautskys, der sich unerkennbar gegen die Volkswirtschaft wandte. Das sehr Unangenehme an der Sache ist, daß unsere Presse auf die in Berlin zensurierten Artikel der „L. B.“ einfach angewiesen ist. ... Wir wollen die Dinge nicht weiter erörtern, sondern nur zu bedenken geben, daß die „L. B.“ nicht weiter gehen kann, und zwar nicht der Redakteure, sondern der Parteigenossen wegen.

Gegenüber diesen durchschlagenden Zeugnis hilft kein furchtames Ableugnen der eigenen Verdienste mehr: die führenden Organe der Unabhängigen haben einen regelrechten Kampf gegen dieselben Volkswirtschaft geführt, denen sie sich, wenn es ihnen gerade paßt, in peinlicher Weise anleihen.

Es geht vorwärts.

Die Wahlkreisorganisation des Wahlkreises Bezirk Niederrhein Wärs-Rees hat ihren Friedensmitgliederkonferenz am 15. d. im Beschlusse des 8. Quartals überstiegen, nicht gerechnet die im Felde stehenden Mitglieder. Besonders erfreulich ist, daß die Zahl der Friedensmitglieder von 664 vor dem Kriege auf 818 gestiegen ist. Auch im neuen Quartal sind bereits wieder über 100 neue Mitglieder gewonnen. Auch die Parteipresse, die „Niederrheinische Volksstimme“ Duisburg, hat ihren Friedensstand überschritten und täglich kommen neue Leser hinzu.

Die öffentlichen Versammlungen, die sich mit dem Frieden und den Volkswirtschaft befaßten, die im Kreise eine ganze Anzahl stattfanden, waren durchweg stark besucht. Noch in den letzten Tagen sprach Genosse Reichstagsabgeordneter H a b e r l a n d aus Eberfeld in drei außerordentlich stark besuchten Frauenmitgliederversammlungen.

Auch die Jugendorganisation hat sich hier während des Krieges gut gehalten. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“ ist doppelt so groß als in der Friedenszeit.

Letzte Nachrichten.

Finnische Abordnung in Brest-Litowsk.

Stockholm, 27. Januar 1918. Die „Stockholm Tidningen“ aus Vellingfors erzählt, hat der finnische Landtag eine Abordnung bestimmt, die finnische Interessen bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk vertreten soll; sie besteht aus drei bürgerlichen und drei sozialistischen Mitgliedern, nämlich den früheren Senatoren Ojelt und Stenroth, Professor Erich, Redakteur Sirole und Magister Wik. (Der sechste Name fehlt in der Depesche.)

Norwegische Erbitterung.

Kristiania, 27. Januar. (B. Z. B.) Die Versenkung des norwegischen 6000-Tonnen-Dampfers „Eise“ im Sperrgebiet auf der Reise von Jai nach Norwegen mit wertvoller Ladung in Lebensmitteln für Norwegen hat in hiesigen Redaktionen und Geschäftskreisen große Erbitterung erregt, die sich diesmal auch besonders gegen England richtet und in der hiesigen Presse offen zum Ausdruck kommt. Die Wänter führen ihre Angriffe auf England darauf, daß das Schiff trotz des Einpruches norwegischer Behörden gezwungen worden sei, die Sperrzone zu durchfahren, um zuerst Falmouth anzuliegen und darauf in Bristol 1700 Tonnen Zucker zu löschen, die von den englischen Behörden beschlagnahmt worden seien, worauf das Schiff von neuem nach Falmouth beordert und auf der Heimreise nach Norwegen durch das Sperrgebiet bei Dartmouth torpediert worden sei. „Handels og Sjøfartstidende“ spricht von einem englischen Uebergriff, der große Erbitterung erregt, die auf der heutigen Versammlung der Interessentenkreise hier zu Worte gekommen sei. „Verdensgang“ schreibt, es stärke nicht das gute Verhältnis zwischen Norwegen und England, daß letzteres so wenig Rücksicht auf Norwegens Bedürfnisse nehme.

Das Straßenbahnunglück in Schöneberg.

Wie wir bei Redaktionsbesuch erfahren, stellt sich die Zahl der bei dem Straßenbahnunglück in Schöneberg- und Hauptstraße verletzten Personen noch erheblich höher, nämlich auf insgesamt 18, darunter 6 Schwerverletzte.

- Die Namen der Verletzten sind folgende:
1. Frau Luise Streich aus der Hauptstr. 167 zu Potsdam.
 2. Wilhelm Lech aus der Fischestr. 23.
 3. Dreher Erich Lech aus der Fischestr. 23.
 4. Kaufmann Heinrich Sonntag aus der Hauptstr. 9.
 5. Ehefrau Marie Sonntag.
 6. Schaffnerin Martha Dietrich, Ebersstr. 30.
 7. Lehrerin Luise Orland, zurzeit in Schöneberg, aus Schneidemühl.
 8. Beamter Oskar Genische, Bahnstr. 24.
 9. Schüler Hermann Kullweg aus Schwanenbergr.
 10. Buchbinder Bruno Gehl, Wittenwalder Str. 23.
 11. Hilfsarbeiterin Elisabeth Brüllow, Könnenberger Str. 1.
 12. Buchbinder Otto Hegler, Landsberger Allee 5.
 13. Postkammerer Eduard Zimmer, Wittenwalder Str. 18.
 14. Ein Arbeiter Otto Pinner, Wohnung unbekannt.
 15. Schüler Willi Wurst, Kreuzbergstr. 3.
 16. Beschäftigter Boite Carnowski und
 17. Wirt Georg Carnowski, Almhamburger Str. 17.
 18. Ein unbekannter Knabe von 6 Jahren.

